

Globale Solidarität in Bremen umsetzen!

Eine globale Krise kann nur global gelöst werden

Positionen des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks e.V. zum Umgang mit der Corona-Pandemie

Eine Welt-Positionierung in Zeiten von Corona

Die Weltgemeinschaft steht gegenwärtig vor einer Herausforderung, welche historisch keinerlei Vergleichsmöglichkeiten bietet. Während die globalen, sozialen, finanziellen und politischen Auswirkungen dieser Pandemie noch gar nicht absehbar sind, wird deutlicher denn je, dass global beinahe alle Menschen vom Virus und deren Auswirkungen betroffen sind.

Jedoch sind die Bedingungen und Möglichkeiten diese Krise zu bewältigen, regional sowie global äußerst ungleich verteilt. Der so ungleichen Verteilung von Ressourcen kann jedoch auch auf regionaler Ebene entwicklungspolitisch begegnet werden. Die Freie Hansestadt Bremen muss nun, wie viele Städte weltweit, globale Verantwortung übernehmen und das Wort Solidarität in politische und gesellschaftliche Taten umsetzen. Denn damit Bremen weiterhin seiner Rolle als Vorreiter und Impulsgeber in der Entwicklungszusammenarbeit gerecht werden kann, sind in Zeiten einer globalen Pandemie außergewöhnliche Maßnahmen nötig. Unvorhergesehene Pandemien benötigen unvorhergesehene politische Maßnahmen. Daher möchten wir im Folgenden unsere Vorschläge zum entwicklungspolitischen Umgang des Landes Bremen mit der Corona-Pandemie darlegen.

I. Etablierung von entwicklungspolitischen (Post-)Corona-Aktivitäten

Wenn auch vielerlei Gewissheiten in der aktuellen Situationen über Bord geworfen werden müssen, so ist eines ganz gewiss: Die Welt wird durch das Coronavirus maßgeblich verändert werden. Diese Veränderungen werden vor der Einen Welt-Arbeit und dem Themenfeld Entwicklungspolitik keinen Halt machen. Entwicklungspolitische Themen wie Globale Gerechtigkeit, Agenda 2030 und die darin enthaltenen SDGs, globale Gesundheitsfürsorge, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten, Fairer Handel, Klimagerechtigkeit,... werden auch in Zukunft für die Entwicklungspolitik eine große Rolle spielen.

Das sind unsere Vorschläge:

- *Etablierung und Koordinierung von entwicklungspolitischen (Post-)Corona-Aktivitäten in der Senatskanzlei.* Alle aktuellen und zukünftigen Aktivitäten des Landes Bremen im Themenfeld Entwicklungspolitik sollen auf ihre „Corona-Konsistenz“ überprüft werden. Zentral ist hierfür der enge Austausch mit Südpartner*innen und der Zivilgesellschaft. Hierfür müssten zusätzliche personelle Kapazitäten in der Senatskanzlei bereitgestellt werden.
- *Sicherstellung einer gerechten Verteilung eines Impfstoffs.* Erst mit einem Impfstoff kann laut Expert*innen die Corona-Pandemie beendet werden. Dabei ist es entscheidend, dass Pflegepersonal und Risikogruppen zuerst geimpft werden. Um nationale Alleingänge vorzubeugen, sollte Bremen sich dafür einsetzen, dass es zu einer global gerechten Verteilung des Impfstoffs kommt. Post-Koloniale, nationalistische und sozialdarwinistische Konzepte der Impfung der Weltbevölkerung darf es nicht geben.

- *Etablierung eines Soli-Fonds für den Globalen Süden.* Mit der Bewilligung von umfangreichen Hilfspaketen werden Unternehmen und Arbeitnehmer*innen in Deutschland und Bremen vor den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie geschützt. So richtig diese Maßnahme eines „Bremen-Fonds“ ist, berücksichtigt sie nicht, dass sie eine wettbewerbsverzerrende Subvention darstellt. Betroffen hiervon sind insbesondere wirtschaftlich schwächere Länder, die nicht über einen solchen geld- und finanzpolitischen Spielraum verfügen. Aus diesem Grund sollte ergänzend zum „Bremen-Fonds“ ein „Bremer Eine Welt-Fonds“ aufgelegt werden. In Orientierung am 0,7%-Ziel der Entwicklungszusammenarbeit, regen wir an, Mittel in dieser Höhe für entwicklungspolitische Maßnahmen, vornehmlich im Globalen Süden, bereitzustellen. Der „Bremer Eine Welt-Fonds“ könnte sich zusätzlich über zweckgebundene Gebühren, wie z.B. der Abwassergebühr für Sanitärprojekte oder durch erwirtschaftete Mittel durch die CO2-Kompensation von Dienstreisen für Klimaprojekte, finanzieren. Bremen sollte sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass Bundesregierung und Bundesländer analoge Regelungen beschließen.
- *Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien zeitnah realisieren.* Die Corona-Pandemie hat die bereits terminierte Durchführung des „Offenen Forum zur Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Bremen“ unmöglich gemacht. Sobald es aus gesundheitlicher Sicht vertretbar ist, sollten die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes überarbeitet werden. Inhaltlich sollte ein eigenes Kapitel dem Thema „Corona-Virus und Eine Welt-Arbeit“ gewidmet werden, wo auch die Zusammenarbeit mit den Partnerstädten aufgegriffen wird.

II. Zusammenarbeit mit den Partnerstädten intensivieren

Bremen steht – teils seit Jahrzehnten – im engen Austausch mit seinen Partnerstädten Haifa, Danzig, Izmir, Riga, Dalian und Durban. Diese Zusammenarbeit gilt es nun zu intensivieren. Denn Städte haben als globale Netzwerke die Möglichkeit, sich und ihre Bewohner*innen auf direktem Wege zu sensibilisieren, zu beraten und zu unterstützen. Die aktuelle Situation zeigt, dass das deutsche Gesundheitswesen im internationalen Vergleich die Herausforderungen bewältigen kann. Die Aufnahme von schwer erkrankten Patient*innen aus dem europäischen Ausland veranschaulicht, dass intensivmedizinische Reserven vorhanden sind.

Das sind unsere Vorschläge:

- *Austausch von Wissen, Material und Personal im Gesundheitssektor.* Die Entwicklung der an Covid-19 schwer erkrankten Personen verteilt sich global und zeitlich sehr unterschiedlich. Sollte die GeNo die Möglichkeit sehen Wissen, Material, Personal und/oder Impferen mit Partnerstädten zu teilen, so regen wir an, dass der Senat ein Austauschprogramm auflegt und finanziert.
- *Bereitstellung von intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten für erkrankte Patient*innen aus Bremens Partnerstädten.* Die medizinische Solidarität sollte nicht an europäischen Grenzen halt machen, sondern auch für die Partnerstädte – vor allem aus dem Globalen Süden – gelten. Ein abgestimmtes Vorgehen mit anderen Bundesländern und der Bundesregierung könnte insbesondere bei Transportflügen sinnvoll sein.
- *Gesundheitspolitische Themen, wie z.B. Prävention, Basisversorgung oder Seuchenschutz, sollten unabhängig von der aktuellen Situation in die dauerhafte Partnerschaftsarbeit aufgenommen werden.*

III. Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeitspartnerschaften nicht aus den Augen verlieren

Nur weil eine Krise die Welt in Atem hält, verschwinden andere Krisen nicht. Die Klimakrise ist weiterhin existent und bedroht nachhaltig den Planeten und deren Bewohner*innen, insbesondere Menschen im Globalen Süden. Im Rahmen der Nachhaltigkeitspartnerschaften mit Durban und Windhoek setzt sich Bremen bereits für das Thema Klimagerechtigkeit ein.

Das sind unsere Vorschläge:

- *Klimagerechtigkeit erfordert Handeln im Globalen Norden*, von daher unterstützt das BeN die klimapolitischen Forderungen mit dem Titel „Klimaschutz in Bremen – Forderungen an die neue Landesregierung“ die von über 20 Klimaakteuren gestellt wurden.
- *Der Globale Norden ist zwar der Hauptverursacher des Klimawandels, dem Klimawandel ist es jedoch egal, wo auf der Welt CO2-Einsparung vorgenommen werden.* Aus diesem Grund ist ergebnisoffen zu prüfen, ob klimapolitische Investitionen des Landes Bremen nicht zu einem größeren Einsparungseffekt führen würden, wenn die monetären Mittel stattdessen im Globalen Süden, z.B. in den Partnerstädten Bremens, eingesetzt werden würden.

IV. Schutz und Aufnahme geflüchteter Menschen

Die europäische Grenzschutzpolitik an den Außengrenzen der EU führt fortlaufend zu humanitären Katastrophen. Aufgrund der Corona-Krise hat die deutsche Bundesregierung beschlossen, die vorher geplante Aufnahme einzelner Geflüchteter Menschen nur in minimalen Umfang umzusetzen. Dies ist genau das falsche Signal. Schon vor der Coronapandemie haben sich das Land Bremen und viele weitere Städte in Deutschland bereiterklärt, Geflüchtete Menschen (insbesondere Kinder), aufzunehmen. Das Bremer Sozialressort hat signalisiert, dass in Bremen Kapazitäten für die Aufnahme vorhanden sind. Laut Aussagen der Landesregierung vom März 2020 kann Bremen rund 4.500 Menschen aufnehmen.

Das sind unsere Vorschläge:

- *Erhöhung des politischen Drucks auf Innenministerium und Bundesregierung.* Zwar entscheidet die Bundesebene über die Aufnahme von Geflüchteten, doch Bremen kann zusammen mit anderen Städten den Druck auf politische Verantwortliche in Berlin erhöhen. Bremen hat freie Kapazitäten und ist bereit, Geflüchtete aufzunehmen. Die überfüllten Lager an den europäischen Außengrenzen, insbesondere auf den griechischen Inseln, gehören evakuiert, das gesetzlich verankerte Recht auf Asyl muss in Europa sichergestellt werden.
- *Evakuierung von Menschen aus den Erstaufnahmeeinrichtungen.* So fordern die Bewohner*innen des Erstaufnahmehauses in der Lindenstraße, unterstützt von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, seit Wochen die Schließung des Lagers. Die Feststellung von Coronainfektionen bei gut einem Drittel der Bewohner*innen zeigt deutlich, dass Massenunterkünfte nicht geeignet sind Menschen zu schützen und das Infektionsgeschehen zu kontrollieren. Das bedeutet, dass freie Räume, wie leerstehende Hotels und Jugendherbergen, konsequent für die sichere Unterbringung aller Menschen aus den Erstaufnahmeeinrichtungen genutzt werden müssen.

V. Unterstützung und Kooperation der entwicklungspolitischen Arbeit in Bremen

Die zivilgesellschaftliche Arbeit in Bremen zum Thema Entwicklungspolitik ist divers aufgestellt. Sie hält dank all der engagierten Vereine und Gruppen fortlaufenden Kontakt zu den verschiedensten Partner*innen im Globalen Süden. Die Kontakte und Kooperation gilt es nun miteinzubeziehen.

Das sind unsere Vorschläge:

- *Expert*innenwissen der zivilgesellschaftlichen Entwicklungspolitik in Bremen bzw. von deren Partner*innen im Globalen Süden nutzen.* Dabei nehmen NGOs eine wichtige Rolle als Zwischenvermittler*in zwischen Bremen und den Partner*innen im Globalen Süden wahr. Sie haben die Informationen, was jetzt vor Ort gebraucht wird und was nach der Pandemie benötigt wird, um die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Verwerfungen abzufedern.
- *Flexible Verwendung von Projektgeldern.* Bereits bewilligte Projektgelder vom Land sollten flexibel für Alternativprojekte im Corona-Kontext eingesetzt werden können.

VI. Entwicklung braucht Entschuldung, Liquidität und Investitionen

Durch eine hohe und häufig durch illegitime Prozesse zustande gekommene Auslandsverschuldung werden viele Länder im Globalen Süden gezwungen, einen unverhältnismäßig hohen Schuldendienst zu leisten. Geld für die öffentliche Gesundheits- und Sozialversorgung kann dadurch nur schwer mobilisiert werden.

Das sind unsere Vorschläge:

- *Bremen soll sich im Bundesrat für eine globale Entschuldung im Sinne der erlassjahr.de-Kampagne von Ländern im Globalen Süden einsetzen, damit diese Länder Geld in Infrastruktur, soziale Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung investieren können.*
- *Darüber hinaus sollte Bremen sich bei der Bundesregierung, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen dafür einsetzen, dass Liquidität und Investitionen in Ländern des Globalen Südens gewährleistet werden.* Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigen schon jetzt, dass ausländische Gelder massiv abgezogen und zumeist in Ländern des Globalen Nordens umgelenkt werden. Diese Krise neben der eigentlichen Krise stellt Länder des Globalen Südens vor langjährige und existentielle Herausforderungen.

Das BeN

Das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) ist das Netzwerk entwicklungspolitischer Initiativen, Vereine und Gruppen auf Bremer Landesebene und vertritt über 30 entwicklungspolitische Gruppen. Es dient der gemeinsamen Koordination nach innen und der zentralen Interessenvertretung nach außen.

Ziel des BeN ist es auf Landesebene die Zusammenarbeit der Gruppen in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zu fördern und zu verbessern.

Entwicklungspolitik ist nicht nur die klassische Entwicklungsarbeit im Globalen Süden. Entwicklung ist auch hier notwendig - muss überall stattfinden. Das BeN will dazu mit entwicklungspolitischen Aktivitäten und Bildungsarbeit im Lande Bremen beitragen.

Bremen, 12.05.2020

Kontakt:

Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V. (BeN)
Christopher Duis
Breitenweg 25; 28195 Bremen
Tel: 0421 – 69 53 14 53
Mobil: 0157 - 32 48 98 63
christopher.duis@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de